

# Griechischer Wirtschaftsminister warnt vor „großem Knall“

Chrysochoidis: Subventionen haben das Land zerstört / Berlin für Bankrott „gewappnet“

tens./mas. ATHEN/BERLIN, 8. Februar. Der griechische Wirtschaftsminister Michalis Chrysochoidis hat die europäische Subventionspolitik der vergangenen Jahrzehnte für den wirtschaftlichen Niedergang Griechenlands verantwortlich gemacht. Die Subventionen hätten die Produktionsbasis des Landes ausgehöhlt und dazu geführt, dass immer weniger exportiert worden sei, sagte Chrysochoidis in einem Gespräch mit dieser Zeitung. Auf die Frage, ob die Subventionen Griechenland zerstört haben, antwortete der als Reformminister geltende Minister: „Ja. Während wir mit der einen Hand das Geld der EU nahmen, haben wir es nicht mit der anderen Hand in neue und wettbewerbsfähige Technologien investiert. Alles ging in den Konsum. Das Ergebnis war, dass jene, die

etwas produzierten, ihre Betriebe schlossen und Importfirmen gründeten, weil sich damit mehr verdienen ließ.“

Laut Chrysochoidis kann Athen zudem in naher Zukunft nicht mit Investitionen aus dem Ausland rechnen: „Solange die Verhandlungen über den Schuldenschnitt und das neue Paket der Troika nicht abgeschlossen sind, wird niemand in Griechenland investieren“, sagte er. Seine Landsleute warnte er, dass Griechenland nur mit einer entschlossenen Reformpolitik weitere Sparrunden abwenden könne. Solange die Politik nicht in der Lage sei, Maßnahmen zur Veränderung des Landes zu ergreifen, „werden wir weiter gezwungen sein, Löhne und Renten zu kürzen“, so Chrysochoidis. Zugleich warnte der Minister, dass die Spirale aus Kürzungen und verschärfter

Rezession „irgendwann zu einem großen Knall“ in Griechenland führen werde.

Während in Athen der parteilose Ministerpräsident Lukas Papademos am Mittwoch mit den Vorsitzenden der drei Regierungsparteien über ihre Zustimmung zu dem von den internationalen Geldgebern verlangten neuen Sparpaket verhandelte, erhielt Berlin den Druck auf Griechenland aufrecht. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Rainer Brüderle sagte über eine mögliche Staatspleite Griechenlands: „Wir wären gewappnet.“ Für diesen Donnerstag berief der Chef der Euro-Gruppe, der luxemburgische Ministerpräsident Jean-Claude Juncker, ein Sondertreffen der Finanzminister der Eurozone in Brüssel ein. (Siehe Seiten 2 und 4, Staat und Recht, Seite 8, sowie Wirtschaft, Seite 11.)